

Bericht Wirtschaftsumfeld | Angola | Außenwirtschafts-, Industriepolitik

11.10.2019

Angola verkauft Staatsfirmen

Privatisierungen unterstreichen den Reformwillen / Von Fausi Najjar

Johannesburg (GTAI) - In Angola sollen 195 Unternehmen privatisiert werden. Erste Verkaufsrunden hat es in der Landwirtschaft und der Industrie gegeben. Weitere Veräußerungen stehen an.

Die angolansische Regierung setzt gegenwärtig das Privatisierungsprogramm ProPriv um. ProPriv ist für den Zeitraum 2019 bis 2022 angelegt und umfasst 195 Unternehmen. Diese Staatsbetriebe sollen komplett oder teilweise privatisiert und staatliche Unternehmensanteile verkauft werden. Das Programm schließt den Verkauf von Vermögensanteilen im Ausland ein.

Mit ProPriv will die Regierung im Rahmen ihres Reformprogramms den Privatsektor stärken und somit das Wachstum des Landes fördern. Die meisten Unternehmen sollen 2020 verkauft werden. Einem Statement der Regierung zufolge sind elf Veräußerungen im Rahmen von Auktionen geplant, während neun Unternehmen über einen Börsengang privatisiert werden und die restlichen über öffentliche Ausschreibungen.

Das von der Weltbank technisch unterstützte Privatisierungsprogramm umfasst praktisch alle relevanten Wirtschaftssektoren Angolas, wie den Energiesektor, Telekommunikation und IT, den Finanzbereich (Bankwesen, Versicherungen, Kapitalfonds), den Transportsektor, den Tourismus sowie das verarbeitende Gewerbe einschließlich der Nahrungsmittelverarbeitung. Auch in der Landwirtschaft gibt es Privatisierungspläne.

Großteil der Privatisierungen noch in der Pipeline

Zu den betroffenen Unternehmen gehört der Mineralölkonzern Sonangol. Hier ist der Verkauf von Töchtern und Vermögensanteilen im Ausland geplant. Genannt wird auch die angolansische Fluggesellschaft TAAG (Transportes Aereos de Angola), die nur zum Teil privatisiert werden soll. Darüber hinaus hat im September 2019 ein Sprecher der Privatisierungsbehörde IGAPE (Institute of State Asset Management and Participation) angekündigt, noch in diesem Jahr die Privatisierung des Versicherungsunternehmens ENSA Seguros anzuschieben.

Auf der Privatisierungsliste stehen des Weiteren die Banken Angolan Investment Bank (BAI), Caixa Geral de Angola (BCGA) und die Banco Económico. Zum Verkauf angeboten werden darüber hinaus die MS Telecom mit einem Staatsanteil von 100 Prozent und weitere Anteile an Unternehmen aus dem Telekommunikationssektor.

Die angolansische Regierung teilt die fraglichen Unternehmen in ihrem Privatisierungsprogramm nach vier Kategorien ein: 32 Unternehmen von nationaler Relevanz (National Reference Companies, NRC), 50 Tochterunternehmen von Sonangol, 51 Unternehmen der speziellen Wirtschaftszonen 62 weitere Unternehmen und Vermögen.

Erste Unternehmensverkäufe im verarbeitenden Gewerbe

Nachdem eine erste Runde Anfang September 2019 abgeschlossen wurde, stehen bei den Staatsbetrieben in den Wirtschaftssonderzonen in diesem Jahr noch weitere Privatisierungsvorhaben an. Dabei handelt es sich um 23 Unternehmen aus der Luanda-Bengo Sonderwirtschaftszone in Nähe der Hauptstadt Luanda, unter anderem aus der Kunststoffherstellung, Metallverarbeitung und der Baustoffindustrie.

Die angolansische Regierung erhofft sich einen erfolgreicherer Verkauf als in der ersten Privatisierungsrunde, als sieben Unternehmen ausgeschrieben waren: Univetro (Glasproduktion), Juntex (Betonteile), Carton (Verpackung), Indugited (Reini-

gungsmittel), Coberlen (Tuchherstellung), Absor (Windeln und Hygienetücher), und Saciango (Sackherstellung). Absor und Saciango konnten nicht verkauft werden.

Der Erlös der Ausschreibungen belief sich gerade einmal auf 16 Millionen US-Dollar (US\$). Erwartet hatte die Regierung einen weit höheren Erlös. Von 67 Millionen US\$ war die Rede. Angesichts des obsoleten Zustandes der Produktionsanlagen ist der niedrige Verkaufserlös aber nicht verwunderlich. Bis auf Univitro waren alle Unternehmen für mehrere Jahre außer Betrieb.

Bereits in die Wege geleitet ist auch ist die Privatisierung von Unternehmen aus der Nahrungsmittelverarbeitung. Ausgeschrieben sind vier Schlachthäuser und fünf Getreidesilos. Außerdem stehen drei Fabriken für die Verarbeitung von Tomaten, drei Kühllhäuser und eine Dosenfabrik zum Verkauf. In der Landwirtschaft sind bislang vier Betriebe ausgeschrieben. Einreichungsfrist für die Angebote war der 30. September. Mitte Oktober war noch nicht bekannt, welche Unternehmen den Zuschlag für die Großfarmen erhalten haben.

Privatisierungen auch bei Mineralölkonzern

In Angola ist der Mineralölkonzern Sonangol außerhalb seines Kerngeschäftes in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Transport, Telekommunikation, Bankwesen und Bau investiert. Auch hier sind Privatisierungen geplant. Oftmals handelt es sich um Unternehmen, die die Erdölförderung flankieren beziehungsweise die mangels Infrastruktur für den Aufbau der Erdölförderung von Bedeutung waren.

Ebenso will die Regierung Anteile und Töchter von Sonangol im Ausland veräußern. In diesem Zusammenhang hat Sonangol-Geschäftsführer Josina Baiao im September eine Reihe von Unternehmen genannt, unter anderem Sonangol Cabo Verde (Kapverdische Inseln), Founton (Gibraltar), Sonatide Marine (Cayman Islands), Société Ivoirienne de Raffinage (Côte d'Ivoire), Puma Energy Holdings (Singapur) und Sonandiets Services (Panama). Die Privatisierungsliste umfasst ebenso Immobilienbeteiligungen, vor allem in Portugal.

Bei einigen der Auslandsunternehmen des Sonangol-Konzerns ist nur schwer zu ermitteln, worin ihre tatsächliche Geschäftstätigkeit besteht. Mit manchen der Unternehmen sollte offenbar eher verschleiert werden, dass die angolanische Elite Kapital ins Ausland gebracht hat.

Trotz niedriger Erlöse: ProPriv wichtige Weichenstellung

Die Liberalisierungsbemühungen gelten als sehr weitgehend; sie unterstreichen den Reformwillen der angolanischen Regierung. Noch vor einem Jahr haben Beobachter kaum mit so weitreichenden Maßnahmen gerechnet. Privatisierungen hatte auch schon die Vorgängerregierung in ihrem Fünfjahresplan 2013 angekündigt, mit nur äußerst bescheidener Umsetzung.

Allerdings dürfte sich die Attraktivität der Privatisierungsobjekte oftmals in Grenzen halten. Der Großteil der Betriebe ist marode und es bedarf beträchtlicher Investitionen. Für den angolanischen Staat ist infolgedessen nicht mit hohen Einnahmen aus der Privatisierung zu rechnen. Dennoch ist das Privatisierungsprogramm ein zentrales Element der angestoßenen Reformbemühungen unter Präsident Joao Laurengo; es bildet eine wichtige Voraussetzung für die angestrebte Diversifizierung der stark auf den Erdölsektor ausgerichteten Wirtschaft. Die Erdölförderung generiert rund 95 Prozent der Exporterlöse und mehr als 70 Prozent der Steuereinkommen.

Infolge der Privatisierungen dürfte die weiterhin eher begrenzte Nachfrage bei Ausrüstungsgütern steigen. Der Kauf von Betrieben könnte sich außerdem als wichtiges Instrument zum Markteinstieg erweisen. Die angolanische Regierung hat angekündigt, den Ausbau ihrer heimischen Produktion mittels Zöllen zu stützen.

Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse	Anmerkung
Privatisierungsliste	http://www.ucm.minfin.gov.ao/cs/groups/public/documents/document/zmlu/ode1/~edisp/minfin815554.pdf 	Dokument zum Download

IGAPE

<https://igape.minfin.gov.ao/PortalIGAPE/#!/> 

Privatisierungsbehörde mit
weiteren Informationen zu
ProPriv

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in Angola können Sie unter <http://www.gtai.de/angola> abrufen. Unter <http://www.gtai.de/afrika> erhalten Sie mittels interaktiver Karte unsere Informationen zum Land Ihrer Wahl.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Angola
Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Privatisierungsvorhaben
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Edith Mosebach

Wirtschaftsexpertin



+49 228 24 993 288



[Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.